

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Die Zeitung, erstellte Aufträge übernehmen wir unter Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei...
Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.80 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf.
Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung / Bezugs-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 168 | Altensteig, Mittwoch den 22. Juli 1931 | 54. Jahrgang

Die Londoner Konferenz

Noch kein Ergebnis — Telegramm der „Nationalen Opposition“ an Brüning

Die Vormittagssitzung der Londoner Konferenz

London, 21. Juli. Die Sieben-Mächte-Konferenz vertagte sich um 12.45 Uhr über die Mittagspause. Ueber die Vormittagssitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die Konferenz ist um 10 Uhr im Foreign Office zusammengetreten und hat über internationale, finanzielle Zusammenarbeitsmöglichkeiten beraten, die geeignet sein könnten, möglichst umgehend das wirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland wieder herzustellen, und zwar als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich als notwendig herausstellen sollten, um die Finanzsituation Deutschlands für dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Es wurde vereinbart, daß die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Mächte sowie Reichsfinanzler Brüning heute nachmittag unter dem Vorsitz Macdonalds zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten sollen, in der die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortgesetzt werden soll.

Reichsanwaltschaft über die Vormittagssitzung

London, 21. Juli. In der heutigen ersten Vollversammlung der Konferenz erklärte Außenminister Dr. Curtius, der zum ersten Mal nach seiner Ankunft die deutsche Presse empfing, daß man sich ausschließlich mit der Erörterung finanzieller Probleme befaßt. Hierbei war besonders bemerkenswert, daß sich Stimson in bemerkenswertem Maße an den Besprechungen beteiligte und daß die Amerikaner verstanden, die Lage auf das Genauste aufzuklären. Zunächst befaßte man sich mit der Frage, unter welchen Umständen und mit welchen Maßnahmen ein Stillhalte-Konjunktum gebildet werden kann, jedoch auch wirklich praktisch der größte Teil der kurzfristigen Anlagen nicht zurückgezogen wird. Man wies darauf hin, daß es keinen Zweck haben würde, wenn sich nur die Großbanken verpflichteten, keine Anlagen zurückzuziehen, während die Kleinbanken damit fortfahren. Es müßte Vorsorge getroffen werden, damit eine wirkliche Stillhaltung erreicht werde. Diese Fragen wurden aufs eingehendste erörtert unter Berücksichtigung von Zahlen über die Größe der derzeit in Deutschland vorhandenen kurzfristigen Anleihen französischer, amerikanischer, Schweizer und holländischer Herkunft. Da es sich zeigte, daß eine Erreichung von praktischen Vorarbeiten in dem großen Kreis der Vollversammlung nicht möglich sei, beschloß man, eine Konferenz der Finanzminister abzuhalten während die Vollversammlung Mittwoch früh um 10 Uhr wieder zusammenzutreten wird. Einen interessanten Beitrag zu der Aussprache, die einstimmig die Auffassung ergab, daß zunächst die aussergewöhnlichen Kredite für Deutschland vergrößert werden müßten, gaben nach Reuters die Ausführungen Staatssekretärs Stimson, der deutlich zum Ausdruck brachte, daß die Amerikaner nicht nur keinen ihrer Kredite in Deutschland zurückziehen wollten, sondern diese vielmehr in letzter Zeit vermehrt hätten. Stimson sprach ferner sein Vertrauen aus, daß die großen amerikanischen Banken an der Erhaltung der Kredite in Deutschland mitarbeiten wollten und daß von den gleichen Instituten in den anderen Ländern ebenso verfahren werde. Zum Schluß unterstrich der Staatssekretär besonders die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Länder in der Frage der Kreditaufbringung. Es scheint sich nunmehr in Konferenzkreisen die Auffassung zu betätigen, daß auf der gegenwärtigen Konferenz keine Anleihe für Deutschland zustande kommen werde, daß vielmehr das Ergebnis der Beratungen wahrscheinlich in Richtung kurzfristiger Kredite sich bewegen werde.

Ein Stimmungsbild

London, 21. Juli. Schon der Hof des Foreign Office bot heute das Bild eines großen Tages: Reihe an Reihe standen die Kraftwagen der Delegationsmitglieder der sieben Mächte, geschmückt mit den Fahnen der verschiedenen Nationen. Ein Haer von Politikern, Kinoschauspielern und Reportern vervollständigte das Bild. Hinter den großen Fenstern, erreichbar durch lange Korridore, durch die nur die Personen zugelassen wurden, die sich mit Ausweisschein als Konferenzmitglieder legitimieren konnten, lag die Konferenz. Die Tatsache, daß heute früh vor Beginn der eigentlichen Konferenz einhändige Aussprachen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning, Ministerialdirektor Schäfer vom Reichsfinanzministerium, Schatzkanzler Saunden und Keith Rog von britischen Finanzministerium im Schaham einerseits und Reichsfinanzminister Dr. Curtius, Staatssekretär von Willow und Außenminister Henderson im Foreign Office andererseits stattgefunden haben, dürfte darauf schließen lassen, daß die Erörterungen, die am Montag abend zwischen den britischen und deutschen Staatsministern beim Abendessen und danach bei gemeinsamen Besprechungen mit den übrigen Konferenzteilnehmern auf einer konkreteren Grundlage fortgesetzt worden sind. Ob dies als ein gutes Vorzeichen für die Möglichkeit der Herbeiführung einer allgemein befriedigenden Regelung gedeutet werden sollte oder nicht, muß vorläufig dahinstehen. Die Blätter melden in großer Aufmachung, daß auf der heutigen Konferenz amerikanische Vorschläge für die

Unterstützung Deutschlands unterbreitet werden sollten. In Telegrammen aus Washington wird gemeldet, daß der stellvertretende amerikanische Staatssekretär Coghle bei der Verlesung dieser Tatsache es abgelehnt habe, die Art der amerikanischen Vorschläge mitzuteilen, jedoch zum Ausdruck gebracht habe, daß die Vorschläge nicht sensationeller Art seien.

Amerikas Vorschlag für die Londoner Konferenz

Washington, 21. Juli. Der volle Text des Vorschlages, den Amerika durch Stimson der Londoner Konferenz unterbreiten ließ, lautet:

„Der Kern des Problems ist die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaft sowohl in Deutschland selbst wie in Ausland. Was die politische Seite anbelangt, so hofft Amerika, daß die Völker Europas durch gegenseitiges Verständnis und guten Willen alle Reibungsverhältnisse beseitigen, damit die Welt mit der politischen Stabilität Europas rechnen kann. Was die wirtschaftliche Seite anbelangt, so ist die gegenwärtige Notlage durchaus eine Krise kurzfristiger Kredite. Der Hauptgrund für Deutschlands Wirtschaft in der Zeit der Depression ist durch den gemeinschaftlichen Schritt der Gläubigermächte mit der Suspendierung aller Zahlungen aus Kreditrisikoforderungen für ein Jahr erleichtert worden. Deutschland hat aber kein Wirtschaftswachstum in einem sehr beträchtlichen Teile mittels ausländischer kurzfristiger Kredite finanziert. Es liegt kein Grund vor, die Sicherheit der Grundlage, auf der diese Kredite ruhen, zu bezweifeln. Aber die in den letzten Wochen allmählich Unruhe verbreitete solche Verunsicherung von Bestreben mit sich, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt war. Diese Belastung nahm zwei ganz bestimmte Formen an, deren Folge den Abfluß der Bankmittel und eine Verminderung des Geld- und Vermögensstandes war. Erstens gab es eine Flucht aus der Mark in Deutschland selbst, zweitens wurden ausländische Depositionen abgezogen und die Kredite leitens ausländischer Banken beschnitten. Diese Geschehnisse sind durch nichts zu rechtfertigen, und wenn sie durch eine gemeinsame Aktion aufgehalten werden können, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte. Was das nachfolgende betrifft, nämlich die innere Flucht von der Mark, so kann dies — und es geschieht dies bereits — erfolgreich bekämpft werden durch die entscheidenden Maßnahmen der deutschen Reichsregierung und der Reichsbank. Wenn die unerbittliche Selbstopferung einmal überwunden ist, so kann der Patriotismus des deutschen Volkes höchst dazu geführt werden, die Zerstörung des Kredites des eigenen Landes zu verhindern. Was die auswärtigen Kredite betrifft, so glauben wir, daß eine erste Annäherung an dieses Problem in der Aufstellung eines Programms besteht, das eine Verlängerung der laufenden Kredite um eine angemessene Frist ermöglicht. In diesem Zusammenhang nehmen wir an, daß diese Kredite zusammen mit der Befreiung von den Reparationen und den sich aus der Behebung der Bank ergebenden natürlichen Gewinnen genügen sollten, um den gegenwärtigen Bedarf der deutschen Wirtschaft zu decken.“

Die Aufnahme der amerikanischen Vorschläge auf der Londoner Konferenz

London, 21. Juli. Wie verlautet, scheint die Hauptfrage der Konferenz das Problem der Erhaltung der Deutschland gegenüberlich gewährten Kredite geworden zu sein. Die von Stimson vorgetragenen Ansichten werden anscheinend von allen Mächten, mit Ausnahme Frankreichs, günstig aufgenommen. Die „Bank Association“ äußert sich von maßgebender französischer Seite, Frankreichs Haltung zu diesen Anregungen werde von der Tatsache bestimmt, daß es fast keine Kredite in Deutschland habe und deshalb nicht direkt von der Frage berührt werde. Eine der maßgebenden französischen Persönlichkeiten erklärt, daß sie zu einem Plan zur Erhaltung der Kredite in Deutschland nicht interessiert seien. Wenn ein solcher Plan ausgearbeitet werden könne und er Deutschland helfe, seine unmittelbaren Schwierigkeiten zu lösen, so werde es sie freuen. Das sei jedoch eine Sache, an der die anderen Konferenzmächte in erster Linie interessiert seien. Es ist aber wahrscheinlich nicht die endgültige Lösung und diese Ansicht ist so offenbar, und die Atmosphäre ist derart, daß die Möglichkeit der Beendigung der Konferenz morgen abend oder Donnerstag unter der Voraussetzung besteht, daß die anderen Mächte mit Ausnahme von Frankreich Deutschland in der erwähnten Weise unterstützen werden.

Beendigung der Konferenz der Finanzminister in London

London, 21. Juli. Um 21 Uhr fand die Konferenz der Finanzminister unter Vorsitz Macdonalds, an der von deutscher Seite Dr. Brüning teilnahm, ihr Ende. Wie verlautet, wurde beschlossen, der morgen stattfindenden Vollversammlung mehrere Vorschläge zu unterbreiten, über die heute verhandelt worden ist. Macdonald, der der Konferenz bis zu Ende beigewohnt hatte, begab sich sofort zu dem von ihm zu Ehren der französischen Minister veranstalteten Essen.

Eine englische Darstellung der Londoner Konferenzlage

London, 21. Juli. In einer vom Reuterschen Büro gegen Mitternacht ausgegebenen Darstellung der Lage der Londoner Siebenmächte-Konferenz heißt es, die Lage werde gegenwärtig als außerordentlich deprimiert betrachtet. Obwohl von Seiten der Delegierten über die heute abend abgehaltene Finanzministerkonferenz nichts mitgeteilt worden sei, verlautete dennoch von zuverlässiger Seite, daß in dieser lang ausgedehnten Konferenz noch keine Einigung über irgend einen Plan erzielt worden sei. Es seien verschiedene Vorschläge gemacht und ausführlich erörtert worden, und diese Vorschläge würden der morgigen Vollversammlung vorgelegt und in Gegenwart der Ministerpräsidenten nochmals durchgesprochen werden. Es werde nun darauf ankommen, welche Haltung die Vollversammlung dazu einnehmen werde. In der Reutersdarstellung wird weiter ausgeführt, es werde nachdrücklich betont, daß schnell etwas geschehen müsse, wenn Deutschland von seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten befreit werden solle. Während des ganzen heutigen Tages sei in beiden Konferenzen der Staatsmänner die eine Frage erörtert worden, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um dem Abfluß von Kapital aus Deutschland sofort ein Ende zu bereiten. Von britischer amtlicher Seite wurde erklärt, daß die letzte Washingtoner Vorschläge noch in keiner der heutigen Konferenzen erörtert worden seien. Bisher sei noch kein Plan für die Wiederherstellung des deutschen Kredits vorgebracht worden, wozu ja die einstimmige Annahme aller Mächte notwendig sei. Zum Schluß teilt Reuters mit, daß Reichsfinanzminister Dr. Brüning von den Delegierten sehr eingehend über die tatsächliche Lage in Deutschland befragt worden sei und daß die Delegierten den einschlägigen Willen bekundet hätten, Hilfsmittel für Deutschland zu finden, die sowohl für Deutschland wie für die übrigen auf der Konferenz vertretenen Mächte annehmbar wären.

Berlin ist optimistisch

Berlin, 21. Juli. Der bisherige Verlauf der Londoner Besprechungen zwischen den deutschen, französischen, englischen und italienischen Staatsministern wird in hiesigen politischen Kreisen ziemlich optimistisch beurteilt. Als das bedeutendste Ereignis wird die Eröffnungssitzung des englischen Premierministers Macdonald angesehen, in der die klare Erkenntnis der Notlage Deutschlands zum Ausdruck kommt. Besonders hervorzuheben ist ferner der in der Konferenz tagende getretene Besuch Deutschlands zu helfen und die Festhaltung, daß Deutschland ohne eigenes Verschulden in die Krise hineingeraten ist. Man rechnet hier damit, daß die Konferenz Ende dieser Woche abgeschlossen werden kann.

Die Londoner Konferenz im Spiegel der Berliner Presse

Berlin, 22. Juli. Die Londoner Konferenz steht nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der Berliner Zeitungen. Der bisherige Gang der Besprechungen in London und die bis jetzt erzielten Ergebnisse werden von den einzelnen Blättern sehr verschieden beurteilt. Auch der neue Vorschlag des Präsidenten Hoover, der bekanntlich das Schwergewicht auf die Erhaltung der Deutschland gegenüberlich gewährten kurzfristigen Kredite und deren weitere Umwandlung in langfristige legt, wird einer unterschiedlichen Kritik unterzogen. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß der von einigen Zeitungen bisher vertretene Optimismus einer gewissen Resignation gewichen ist, wobei Frankreich wegen seiner ablehnenden Haltung mit manchem ziemlich herben Äußerungen bedacht wird.

Die Rechtspresse wendet sich weiter mit scharfen Worten gegen das gesamte Pariser- und Londoner Unternehmen und die „Deutsche Zeitung“ fordert sogar kategorisch den sofortigen Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beurteilt den Hooverplan sehr skeptisch und erhebt wie die „Deutsche Tageszeitung“ lebhaft Bedenken gegen die Einleitung eines internationalen Ausverkaufes zur Befreiung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Wir haben inzwischen gelernt, uns vor Illusionen zu hüten. Die lehrreiche und lehrreiche Auswirkung der letzten 14 Tage war die, daß wir uns allmählich an den Gedanken gewöhnten, allein und auf uns selbst gestellt, den Schwierigkeiten Stand zu halten. Es wäre zu viel gesagt, wollte man etwa behaupten, daß ein Ausweg bereits gefunden sei. Auf keinen Fall aber darf jetzt unter Wille erlahmen, weil sich in London ein neuer Hoffnungsstimmungs zeigt. Die Situation ist klar: Wir müssen suchen, so schnell wie möglich zu einem normalen Bankverkehr überzugehen. Nur wenn man so vorgeht „als ob“ wir keinen Auslandskredit bekämen, nur wenn wir zeigen, daß wir alles tun, um auch ohne fremde Hilfe zurechtzukommen, nur dann haben wir die Chance, daß uns mit ausländischer Unterstützung die Gesundung erleichtert wird.

In ähnlichen Wendungen weist der „Berliner Börsenkurier“ auf die Notwendigkeit deutscher Selbsthilfe hin.

Die „Germania“ zieht in dem amerikanischen Vorschlag, der auch von der Notwendigkeit des gegenseitigen guten Willens und der gegenseitigen Verständigung spricht, gleichzeitig eine Mahnung eine Mahnung und Warnung an Frankreich. Das Blatt stellt die großzügige Haltung Amerikas den Rechenfähigkeiten und Garantiewünschen der französischen Politik gegenüber, die die gegenwärtige Anleiheaktion in ähnlicher Weise vorgeht, wie den amerikanischen Koratoriumsschritt vom 19. Juli.

Auch der „Vorwärts“ stellt fest, daß sich Frankreich durch seine bisherige Haltung in eine peinliche Isolierung hineingemantelt habe, an der nicht so sehr Laval als Finanzminister Blandin die Schuld trage.



Kein Zusammenstoß zwischen Caval und Snowden

London, 21. Juli. Von einem Zusammenstoß zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Caval und dem englischen Schatzkanzler Snowden, über den im Auslande Gerüchte verbreitet waren, ist in hiesigen zuständigen Kreisen nichts bekannt.

Gemeinsame Fahrt der englischen Minister mit den deutschen Ministern nach Konferenzschluß?

London, 21. Juli. Bekanntlich hat Macdonald vor einigen Tagen im Unterhaus eine Erklärung über die „Verschiebung“ des Berliner Besuchs zusammen mit dem Außenminister Henderson abgegeben. Es ist dabei kaum erstaunlich, daß unter den augenblicklich auftauchenden zahlreichsten Gerüchten auch dasjenige über eine gemeinsame Fahrt Macdonalds und Hendersons mit Reichskanzler Dr. Brüning und Dr. Curtius nach Beendigung der Konferenz auftaucht. Die Bestätigung dieser Nachricht, obwohl ihr eine gewisse Begründung nicht abgesprochen werden kann, hängt jedoch naturgemäß vollkommen vom Verlaufe und dem Ergebnis der Londoner Konferenz ab.

Telegramm der „Nationalen Opposition“ an Brüning

Berlin, 21. Juli. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet, haben die Führer der „Nationalen Opposition“ an den Reichskanzler Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

„Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover werden die unerschütterlichen Absichten Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden. Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volk, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derartig angewachsen ist, daß allerorts gefährlichste Gedankengänge aufkeimen.“

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schwelung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten. Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundbestimmung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird.“

(gez.) Graf von der Goltz, Hitler, Eugenberg, Graf Kalckreuth, Bethge, Lind, Selbte, Döhrberg.

Das Telegramm der Rechtsopposition an den Reichskanzler

Berlin, 20. Juli. In maßgebenden Berliner Kreisen wird der Schritt einiger Führer der Rechtsopposition, die sich in einem Telegramm an den Reichskanzler nach London gewandt haben, als wenig glücklich betrachtet. Selbst wenn dieses Telegramm als eine Unterstützung der deutschen Delegation gedacht sein sollte, ist es unangebracht, in dieser Form den Anschein zu erwecken, als habe der Reichskanzler jemals Neigung gezeigt, ausländischen Forderungen hinsichtlich „der weiteren Schwelung der deutschen Staatshoheit“ nachzugeben. Das Gegenteil ist der Fall und die Drohung mit den „gefährlichsten Gedankengängen“ bei der deutschen Jugend scheint ebenso wenig geeignet, die sachliche und ihrer Aufgaben bewußte Haltung der deutschen Delegation gegenüber dem Auslande zu erleichtern.

Die Auszahlung von Dienstbezügen

Berordnung des Reichspräsidenten über die Auszahlung von Dienstbezügen vom 18. Juli 1931

Berlin, 21. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften zu erlassen über die Zahlungsweise: a) für Bezüge, die mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder frühere Tätigkeit im öffentlichen oder privaten Dienste gewährt werden; b) für Anteile der Länder an den Ueberweisungssteuern; c) für Leistungen der Länder an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften.

§ 2. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften zum Schutze von Schuldneren gegen die Folgen zu treffen, die sich aus der veränderten Zahlungsweise ergeben.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Gehaltszahlung in zwei Monatsraten

Durchführungsverordnung zur Auszahlung von Dienstbezügen Berlin, 21. Juli. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1. Die folgenden Bezüge: a) die Dienstbezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht einschließlich des Gnadenvierteljahrs; b) die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger des Reichs einschließlich des Gnadenvierteljahrs; c) die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht; d) die Übergangsbezüge der Soldaten der Wehrmacht; e) die Dienstbezüge der Postagenten der Deutschen Reichspost sowie der Unterbeholden und Dienstklassenoberleiter der Reichspostverwaltung; f) die laufenden Bezüge, die ehemaligen Angestellten und Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost und ihren Hinterbliebenen mit Rücksicht auf das frühere Dienstverhältnis außerhalb der reichsrechtlichen Sozialversicherung gewährt werden (Ruhebeholden, laufende Unterstützungen) usw.

und vorübergehend in der Weise auszusahlen, daß die Hälfte des Monatsbezuges am bisherigen Auszahlungstage, der Rest 10 Tage später ausbezahlt wird.

§ 2. Die Regelung gilt entsprechend für die Dienst- und Versorgungsbezüge sowie das Uebertragungsgehalt des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsminister, sowie für die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen.

§ 3. Für die Zahlungsweise der Bezüge in dieser Bestimmung im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost findet eine entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind berechtigt und verpflichtet, den §§ 1-3 entsprechende Regelungen zu treffen. Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbankgesellschaft, die von sich aus eine entsprechende Regelung treffen, gelten nicht als

Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Sinne dieser Verordnung. Den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bleibt es überlassen, eine den Vorschriften entsprechende Regelung zu treffen.

§ 5. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die Anteile der Länder an den Ueberweisungssteuern abweichend von der bisherigen Regelung zu entrichten. § 53 des Finanzvergleichsprotokolls bleibt unverändert. Trägt ein Land einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft gegenüber den Aufwand für die Bezüge ihrer Beamten, Wartegeldempfänger, Ruhegeldempfänger, Empfänger von Hinterbliebenenbezügen, Angestellten und Arbeiter ganz oder teilweise, so ist die oberste Landesbehörde befugt entsprechende Vorschriften zu erlassen.

§ 6. Bezüge für Dienstleistungen im Privatdienst, die für einen Zeitraum von mindestens einem Monat gewährt werden können, übersteigend von den Zahlungsverpflichtungen an anderen als den bisherigen Auszahlungstagen ausbezahlt werden. Jedoch muß bei Monatsbezügen mindestens die Hälfte des Monatsbezuges am bisherigen Fälligkeitstage, der Rest 10 Tage später ausbezahlt werden; bei Bezügen, die für einen längeren Zeitraum als einen Monat gewährt werden, muß der auf einen Monat entfallende Teilbetrag mindestens je zur Hälfte am ersten und 15. dieses Monats ausbezahlt werden.

§ 7. Wird ein Schuldner durch die veränderte Zahlungsweise gemäß dieser Verordnung ohne sein Verschulden gehindert, eine fällige Rückzahlung zu leisten, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten, als nicht eintretend.

Zuschläge für Steuerrückstände

Berlin, 20. Juli. In den letzten zwei Wochen sind die Steuerentwässerungen außerordentlich stark zurückgegangen. Eine pünktliche Steuerzahlung ist jedoch dringend erforderlich. Eine heute erlassene Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen, die schon in der Steuerordnung vom Dezember 1923 getroffen wurden. Für rückständige Beträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer oder Hauszinssteuer sollen ab 1. August 1931 Verzugszuschläge in Höhe von 5 Prozent halbjährlich erhoben werden. Eine Erhebung von Verzugszuschlägen findet jedoch nicht statt, falls die Steuerbehörde für die rückständigen Steuern Stundung gewährt hat. Gestundete Steuern sind, sofern nicht anders Stundung bewilligt ist, mit jährlich 5 bis 12 Prozent (je nach der besonderen Lage des einzelnen Falles) zu verzinsen. Für die sogenannten Kaufschulden (insbesondere bei Zinsen) beträgt der Zinsfuß 10 Prozent jährlich; doch bleibt es für Beträge, die vor der Verzinsung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinsfuß. Bei denjenigen Steuern, bei denen nicht die neuen Vorschriften über Verzugszuschläge Platz greifen (z. B. bei den Verbrauchsteuern) werden bei nicht rechtzeitiger (unbefugter Weise unterlassener) Zahlung Verzugszinsen erhoben, die für die Zeit vom 1. August 1931 ab 2 Prozent monatlich betragen.

Durchführungsverordnung zur Kapitalflucht-Verordnung

Berlin, 21. Juli. Die Reichsregierung hat nunmehr die erste Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung erlassen. Darin sind zunächst alle Devisen im Betrage von 20 000 R.M. und darüber aufgeführt worden. Alle Personen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inland, denen Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 R.M. und mehr zustehen, haben ihre Devisen (ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung) nunmehr bis spätestens zum 29. Juli 1931 der Reichsbank oder einem von ihr bestellten Kreditinstitut anzubieten. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf alle nichtphysikalischen Personen (Aktiengesellschaften usw.). Die Reichsbank wird möglichst schnell über die Annahme der Angebote ihre Entscheidung treffen. Für diejenigen, die nur zur Anzeige verpflichtet sind, weil sie der Devisen nachweislich für volkswirtschaftlich gerechtfertigte Zwecke bedürfen, werden Formulare für die Anzeige kostenlos bei der Reichsbank und den Kreditinstituten vorrätig gehalten. Für Personen mit einem Devisenbesitz unter 20 000 Reichsmark ist die Abrufung einem besonderen Aufruf vorbehalten. Diese Personen werden von den Verpflichtungen der Kapitalfluchtverordnung frei, wenn sie ihre Devisen, bevor der Aufruf erfolgt, an die Reichsbank veräußern.

Um die Zollunion

Genève, 21. Juli. Der deutsche Vertreter Professor Dr. Bruns beschäftigte sich im Hinblick auf die von Oesterreich in Artikel 88 des Vertrags von St. Germain und im ersten Genfer Protokoll vom Oktober 1922 übernommenen Verpflichtungen, seine Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen zu lassen ausschließlich mit dem Begriff „Anabhängigkeit“. Unterjense man, in welchem Sinne dieses Wort in den Verträgen gebraucht worden sei und ob dieser Sinn bei ihnen überall derselbe sei, so ergab sich, daß die Ansichten hierüber, soweit sie von den verschiedenen Regierungen in ihren Schriftsätzen im Haag niedergelegt seien, erheblich voneinander abwichen. Reibte man zuerst den schiedlichen Standpunkt, so müßte man daraus den Schluß ziehen, daß die Unterzeichnungsstaaten des Genfer Protokolls nur die politische Unabhängigkeit Oesterreichs, aber nicht seine wirtschaftliche Unabhängigkeit hätten achten wollen, ein Standpunkt, der schwerlich aufrecht erhalten werden könne. In dem französischen Schriftsatz habe das Wort „Anabhängigkeit“ dagegen eine Auslegung erhalten, die sich in Uebereinstimmung mit der Deutschlands und Oesterreichs befände. Diese drei Regierungen stellten somit einstimmig fest, daß das Protokoll von Genf beim Gebrauch des Wortes „Anabhängigkeit“ nichts an dem Sinn geändert habe, der ihn schon im Artikel 88 des Vertrags von St. Germain und in Artikel 80 des Verfaller Vertrags bezeichnet worden sei. Im Gegensatz hierzu wollten die von Italien und der Tschechoslowakei ausstellten Verträge in dieser Bestimmung eine Unterschiedlichkeit zwischen dem Genfer Protokoll und den Verträgen von St. Germain und Versailles bestehen. Die Auffassung der letztgenannten beiden Regierungen sei rechtlich unhaltbar. Im Genfer Protokoll sei die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht einer Einschränkung unterworfen, sondern nur die schon in Artikel 88 des Vertrags von St. Germain enthaltene Einschränkungbestimmung nochmals bestätigt worden. Von fran-

zösischer Seite sei hierzu eine Bedauptung zugesellt worden, bei deren Annahme Oesterreich verpflichtet wäre, stets beim Abschluß eines Vertrags, der eine Erhöhung seiner wirtschaftlichen oder politischen Abhängigkeit zur Folge hätte, die vorherige Zustimmung des Völkerrats dazu einzuholen. Wenn diese französische Bedauptung richtig wäre, dann hätte die Unabhängigkeit Oesterreichs niemals existiert.

Tagung der deutschnationalen Reichstagsfraktion

Berlin, 21. Juli. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der Dr. Hugenberg über die politische Lage referierte. Nach dem von der Partei ausgehenden Bericht hat die Fraktion mit besonderer Befriedigung Kenntnis von dem Telegramm genommen, das die Führer der nationalen Opposition an den Reichskanzler nach London gesandt haben. Die gemeinsame Unterschrift der Führer der Oppositionsparteien, der Wehrverbände und des Reichslandbundes sei als Entschlossenheit zu weiterem gemeinsamen Vorgehen gewertet worden. Die Fraktion nahm eine Entschlossenheit an, in der es heißt, daß an der gegenwärtigen Krise die Rat- und Planlosigkeit, mit der die ausbrechende Krise behandelt wurde, erschütternd sei. Jetzt sei alles zu spät, das Bede und das Wichtigste sei nicht gegeben. Der ganze Verlauf der Krise sei nur mit marginellen Einflüssen zu erklären. Der ausländische Kredit sei heute Gift für uns und bringe nach kurzer Aufmunterung umso tieferen Zerfall. Die neue Notverordnung „Gegen die nationale Presse“ wird in der Entschlossenheit als Vorausleistung auf die politischen Vorbedingungen Frankreichs bezeichnet. Nur eine scharfe und schnelle Wendung der deutschen Politik in das Fahrwasser der nationalen Opposition könne wirkliche Besserung, insbesondere die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und der Kredit- und Währungsnot bringen. Wir könnten ihrer aus eigener Kraft Herr werden. Zur Vermeidung liege kein Anlaß vor. Die Fraktion nahm weiter eine Entschlossenheit zur Preisnotverordnung an.

Noch zwei Invaliden

Nach der Darmstädter und Nationalbank, die am 13. Juli ihre Schalter ein paar Stunden vor den andern schließen mußte, sind K. Frankfurter Zeitung zwei weitere Institute stützungsbedürftig geworden. Die größere ist die Landesbank der Rheinprovinz, die schon am 11. Juli ihren Generaldirektor in Urlaub schickte und durch einen Direktor von der Girozentrale in Berlin ersetzte. Dieses Institut, das seiner Bilanzsumme nach etwa halb so groß ist, freilich ein ganz anderes Geschäft treibt wie die Darmstädter und Nationalbank, ist von einer Illiquidität betroffen, die größtenteils darauf zurückzuführen ist, daß diese Landesbank noch härter als andere den von Auslandsbeziehungen betroffenen Kommunen beizuspringen für nötig achtete und nun von den Kommunen ihr Geld nicht zurückarbeiten kann. Daraus erklärt es sich die Art der Stützungsaktion: Düsseldorf hat 6 Millionen Mark, andere Städte weitere Beträge zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden 30 bis 40 Millionen Wertpapiere, größtenteils Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks von kommunaler Seite hinzugegeben, um die Gläubiger zum Stillhalten zu bewegen. Der zweite ist die Schröder-Bank in Bremen, die ebenfalls von der Finanzwelt schon seit einigen Wochen aufmerksam beobachtet wurde und über eine Bilanzsumme von etwa 200 Millionen Mark verfügt. Auch sie ist — trotz der vielleicht wegen der Bankrottstöße — mit fremdsicheren und auswärtigen Wirtschaftskreisen in Verbindung getreten, um eine Stützungsaktion zu erreichen.

Neues vom Tage

Die Länder-Finanzminister in Berlin

Berlin, 21. Juli. Der Reichsfinanzminister hatte gestern eingehende Besprechungen mit den Finanzministern der Länder, wobei es sich darum handelte, Mittel und Wege zu finden, durch die man die Kassenschwierigkeiten beheben kann, in die insbesondere auch die Länder zur Zeit durch den schlechten Eingang der Ueberweisungssteuern geraten sind. In der Besprechung wurde auch die Möglichkeit erörtert, die in einigen Ländern, so in Württemberg, Bayern, Sachsen und Baden, noch bestehenden Privatnotenbanken, bei denen sich ebenfalls Schwierigkeiten eingestellt haben, in den Kreis dieser Bemühungen mit einzubeziehen.

Schweres Gemitter über Lublin

Lublin, 21. Juli. Ein Gemitter von noch nicht beobachteter Stärke ging am Montagabend über der Stadt Lublin (Polen) und ihrer Umgebung nieder. Etwa 1000 Häuser wurden zerstört oder schwer beschädigt. Acht Waggons, die im Bahnhof von Lublin standen, wurden umgerissen, unter ihnen zwei Waggons, in denen sich einige Kampferbe befanden. Ganze Dächer, Scheunen und Telegraphenmasten wurden durch die Luft gewirbelt. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier Personen getötet worden, unter ihnen ein Russier, den der Sturmwind mit sich dem Wagen und den Insassen hochtrug und auf die Erde zerstückelte. Die übrigen Insassen des Wagens wurden schwer verletzt. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten läßt sich zur Zeit nicht feststellen, ebenso wenig der Schaden, den das Unwetter anrichtete.

Kontursverfahren gegen Nordwolle eröffnet

Bremen, 21. Juli. Die Justizprokuratorie teilt mit, daß über das Vermögen der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammergarnspinnerei Bremen heute morgen der Konkurs eröffnet worden ist. Die vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder und Rechtsanwält Dr. Vissitz sind beim Konkursrichter erschienen und haben erklärt, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Bremen, ernannt.

Kämpfe in Sevilla

Sevilla, 21. Juli. Die streitenden Gewerkschaftler versuchten heute, das Telephonamt zu stürmen und in Brand zu setzen. Es gelang den eingeleiteten Streikkräften, den Versuch zu vereiteln. Bei dem sich entzündenden Kampf gab es 15 Verwundete. Die ersten Zwischenfälle in Sevilla haben starken Eindruck in den Kreisen der spanischen Regierung gemacht. Innenminister Raura hat einem Vertreter der Agentur Havas gegenüber erklärt, daß er heute nachmittags dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der es gestattet würde, bei Streikunruhen die betr. Gewerkschaften zur Verantwortung zu ziehen.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 22. Juli 1931.

Wirtschaftliches. Zollassistent Scholz in Marienthal, Landesfinanzamt Breslau, wurde zum Steuerassistenten bei dem Finanzamt Altensteig ernannt.

Reinigung der Steuerassistenten. Nach der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 sollten die Steuerassistenten möglichst zum 1. April 1931 neu gebildet werden. Nachdem aber die neue Steuerassistentenverordnung erst im RGBl. vom 31. Mai 1931 veröffentlicht ist und für die Neuwahl der gewählten Mitglieder der Wahlberechtigten eine gewisse Zeit belassen werden mußte, dürfte vor August bis September die Umbildung der Steuerassistenten kaum durchgeführt sein. Von der Neubildung an übernehmen die neuen Steuerassistenten die Geschäfte der bisherigen Steuerassistenten sowie der Grundwert- und Gewerbesteuerassistenten; ihrer Zusammenfassung und Tätigkeit kommt also erhöhte Bedeutung zu. Bisher ist vielfach darüber geflagelt worden, daß die Ausschussmitglieder nicht selten nach politischen Gesichtspunkten in die Steuerassistenten gewählt wurden; in Erwägung der Wichtigkeit der Sache ist die sachliche Eignung auszusagen, daß die Besetzung der Steuerassistenten mehr als bisher nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt, ist auch deshalb erforderlich, weil in den Steuerassistenten die Entscheidungen nicht so sehr von Rechtsfragen abhängig sind wie bei den Finanzgerichten. Es werden insbesondere auch keine Mitglieder in die Steuerassistenten kommen dürfen, die mit der Materie und der Befehlsgebung nicht genügend vertraut sind, weil sie sich sonst keine eigene Meinung bilden können und ohne weiteres den Vorschlägen der Verwaltung zustimmen werden. Für jedes Finanzamt wird ein Steuerassistentenrat gebildet, innerhalb dessen ein oder mehrere örtlich abgegrenzte Gewerbeabteilungen und Gewerbeabteilungen gebildet werden. Für die Besteuerung aller Körperschaftsteuerpflichtigen eines Finanzamtes kann außerdem eine besondere Gewerbeabteilung gebildet werden. Die Mitglieder, die in wirtschaftlichen Fragen sachkundig und mit den örtlichen Verhältnissen des Abteilungsbezirks vertraut sein sollen, werden für die einzelnen Abteilungen jeweils für die Amtsperiode — erstmalig bis 31. Dezember 1935 — gewählt, ernannt oder bestellt. Die zu wählenden Mitglieder und ihre Stellvertreter werden zur Hälfte von Organen der Selbstverwaltung (Gemeinden), zur Hälfte von öffentlich-rechtlichen berufständlichen Vertretungen, also insbesondere den Handwerks- und Handwerkerämtern, gewählt. Zu den gewählten Mitgliedern kommen die vom Präsidenten des RFA im Benehmen mit der Landesregierung ernannten Mitglieder, deren Zahl gleich der Hälfte der gewählten Mitglieder ist, und außerdem die nach § 26 W.O. bestellten Mitglieder des Landes und der Gemeinden.

Großrussisches Nationalorchester Weiße Garde gastiert in Nagold. Am Freitag, 24. Juli, wird das Original-Großrussische National-Orchester auf seiner diesjährigen Deutschland-Tournee in Nagold im Saalbau z. „Löwen“ gastieren. Wer diese weitgereisten Russen, die sich nun schon seit über zehn Jahren in ganz Europa Heimatsrecht und ungezählte Freunde durch ihre eigenartige, nationale Kunst erworben haben, einmal gehört hat, wird die Kunde von einem Wiedersehen mit ihnen mit Freude begrüßen. Wünschenswert in gleicher Schicksalsgemeinschaft, aus Not und Sorge und die Erhaltung ihres Lebens zusammengekommen, hat sie die bodenverwurzelte, russische Volkskunst zu einer Gemeinschaft von starker künstlerischer Form vereinigt! Es ist erstaunlich, wie gleichmäßig jugendlich diese teils schwermütigen, teils von übermütiger, kindlicher Freude besessene Kunst dieser Russen die Menschen aller Länder erfasst. Es wird sicher ein Genuss sein, wieder für einige Stunden den Klang des Balalaikaorchesters und ihrem Gesang lauschen zu können. (Siehe Inserat.)

Egenhausen, 22. Juli. Vor einigen Tagen erfolgte beim Staatsanwaltschaft die Verhaftung eines hiesigen Ehepaares wegen Verdacht des Kindsmordes. Gestern wollte die Untersuchungsrichter hier, um Licht in den dunklen Fall zu bringen.

Egenhausen, 21. Juli. Am Sonntag kam es hier auf der Straße zu Streithändeln zwischen Egenhäusern und Mindersbacher Burtschen. Dabei wurde ein 22jähriger junger Mann durch Stiche in Brust, Kopf und Arm so schwer verletzt, daß im Bezirkskrankenhaus, wohin er verbracht wurde, eine Bluttransfusion vorgenommen werden mußte. Zwei weitere Beteiligte haben leichtere Stichverletzungen davongetragen.

Platzgrafenweiler, 22. Juli. Gestern fand die Verfeinerung des Anwesens von Fezer & Frey (Dampfzuckerwerk mit Wohnhaus) statt. Zahnarzt Dieterle hier ersteigerte das Anwesen um den Preis von 50000 RM.

Freudenstadt, 20. Juli. (Haushaltsvoranschlag.) Bürgermeister Dr. Kläcker erläuterte in einem Begleitschreiben an den Gemeinderat den städtischen Haushaltsvoranschlag. Er schreibt u. a.: Der Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 1931 ist der schwierigste und verantwortungsvollste, den je der Gemeinderat zu erledigen gehabt hat. Wenn ich bei der Vorlage des vorjährigen Etats betonte, daß die allgemeine Wirtschaftslage groß ist, so sind die Befürchtungen weit schwerer in die Erscheinung

treten, als wir alle voriges Jahr noch geahnt haben. Die Geldkrise, die nicht mit der Währung als solche zusammenhängt, ist in allen Gemeinden schwere Auswirkungen ausgeübt. Wie man nicht mit Unrecht das Geld mit dem Blute im Körper vergleicht, so hat die Blutkrise im Wirtschaftskörper des deutschen Volkes gezeitigt, wie sie unheilvoller gar nicht hätten eintreten können. Die Geldmarkt ist so wertvoll geworden, daß die Waagschale zum Nachteil der Güterwerte so gesunken ist, daß heute das Geld alles bedeutet und die Ware nichts mehr und im Ueberflus auf den Markt geworfen wird. Die Folge ist nun bei uns in Freudenstadt die katastrophale Entwertung unseres Holzes, die Arbeitslosigkeit in der Glasfabrik und die enormen Zinslasten. Und doch dürfen wir den Kopf nicht hängen lassen. Nachdem das Weltmaratorium ja gerade noch im letzten Augenblick für unsere Reichskasse eingetreten ist, wollen wir hoffen, daß es nun auch unserer Regierung gelingt, zu einer Einigung mit den europäischen Mächten zu gelangen, so daß dann die letzten jüngerlichen Wunden nunmehr den Höhepunkt der Wirtschaftskrise dargestellt haben und daß wir einer langsamen Besserung entgegengehen. Aber noch viel stärker als voriges Jahr müssen wir die leitenden Grundzüge des Gemeindefortschritts beachten, alle Ausgaben zurückstellen, die nicht irgendwie als Notstandsarbeiten, sei es im engeren, sei es im weiteren Sinne, begründet werden können. Wir dürfen dabei, so schmerzhaft es ist, vor keinem einzigen Etatposten anhalten, um die Not zu lindern. Wie schwer die Zinslast sowohl die Amstörperkassa als auch die Stadtkasse belastet und wie die Zinsen heute eigentlich das schwerste Problem darstellen, beweist allein der Umstand, daß die städt. Umlage, hätten wir normale Zinsen von 5 Prozent, um annähernd 3-4 Prozent hätte gesenkt werden können. In seinen weiteren Ausführungen geht Dr. Kläcker auf die einzelnen Etatposten ein. Erwähnenswert ist dabei hauptsächlich der Ertrag des Waldes, der in den Vorkriegsjahren immer an erster Stelle stand (1913 mit 250 000 Mark) und dieses Jahr mit Mühe 90 000 Mark erbrachte gegen 170 000 Mark im Vorjahr. Wenn der Wald früher sämtliche Ausgaben der Stadt finanziert konnte, so daß jahrzehntelang keine Umlage notwendig war, so ist heute der Waldbeitrag auf rund 5 Prozent der städtischen Ausgaben und auf 7,5 Prozent der Gesamteinnahmen zusammengesunken. Deutlicher kann man wohl nicht mehr zum Ausdruck bringen, wie sich die Verhältnisse gewandelt haben. Der Wald spielt im städtischen Haushalt beinahe keine Rolle mehr. Der Voranschlag beträgt im Rechnungsjahr 1931: Ausgaben 1 580 000 R.M. (1930: 1 602 506 R.M.), Einnahmen 1 040 185 R.M. (1930: 1 062 346 R.M.), somit Abmangel 519 884 R.M. (1930: 540 100 R.M.). Antrag zur Deckung des Abmangels gemäß § 163 der Vollzugsverordnung zur Gemeindeordnung: 1. Erhebung einer Prozentsatzumlage auf die Ertragsfaktoren ohne Gemeindebeitrag nach dem Vorgang mit 1 632 227 R.M. unter Berücksichtigung des Zurückgangs des Gewerbesteuerertrags mit rund 300 000 R.M., 2. Einsparungen nach der 2. Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 Gehaltskürzungen und Lohnkürzungen 25 000 R.M., 3. Verwendung der auf 31. März 1931 vorhandenen Restmitteln mit 117 881 R.M., verbleibt restlicher Abmangel 77 003 R.M., welcher durch einen zu erwartenden Staatsbeitrag zu den Lehrergehältern, durch einen Zuschuß aus dem Ausgleichslohn und durch eine zu erhoffende Ermäßigung der Amstörperkassumlage durch den in Aussicht gestellten Reichszuschuß zu den Wohlfahrtslasten (Teil IV der obigen Verordnung) gedeckt wird.

Zweibrücken, 21. Juli. (Missionstest.) Am Sonntag wurde das alle zwei Jahre hier stattfindende Missionstest abgehalten. Pfarrer Kübler von hier hielt zuerst eine Ansprache, wies darauf hin, wie das Missionstest durch Liebe und Glauben aufgebaut sei und nur durch diese bestehen könne, daß die Liebe, die besonders durch die schwere Zeit in manchem erkalten wolle, wieder neu belebt, und der Glaube, der manchmal schwach und wankend werden wolle, neu gestärkt werden möchte. Darauf ergriff Missionstestinspektor Jehle und dann Missionar Martin das Wort. Durch ihre Erzählungen wurde den Zuhörern von den verschiedenen Missionfeldern manches Bild lebhaft vor die Augen gehalten. Der Neubulacher Stadtpfarrer übernahm das Schlusswort, dankte für die Liebe und Treue zur Sache und bat um Gottes Segen. Die Feier selbst war umrahmt von Gesängen des Kirchenchores. Auch der neugegründete Posaunenchor gab dazu sein Bestes.

Calw, 21. Juli. In einer eigenartigen Sache war die Stadterneuerung genötigt, einen Prozeß gegen einen Grundbesitzer, der zugleich Polizeiwachmeister ist, zu führen. Es handelte sich um eine Abwasserfreileiche an der Stammheimer Strige. Bei der Lage der Stadt wurden die Steigen der Stadt, deren es mehrere gibt, schon seit Jahrhunderten gepflastert. Das durch Regen und Schnee entstehende Abwasser wurde durch Gräben, sogenannte Sollen, in die an der Strige angrenzenden Grundstücke eingeleitet, damit kein Wasser die Straße herunterkam und das Pflaster nicht beschädigen konnte. Aus den alten Lagerbüchern der Stadt ging hervor, daß zu diesem Zweck besondere Steigmeister angestellt wurden, die in ihrer Verpflichtung geloben mußten, das Wasser in die Sollen einzuführen und diese jederzeit offen zu halten. Dieses Recht übte die Stadt seit Jahrhunderten aus. Der Grundbesitzer wollte sich dies nicht gefallen lassen und machte die Sollen zu. Da alles gütliche Zureden nichts half, mußte die Stadt den Prozeßweg beschreiten. Die

Stadt hat nun den Prozeß gewonnen und die Kosten des Verfahrens haben die Angeklagten zu tragen. Die Ableitung der Gewässer darf fernerhin nicht behindert werden.

Höfen a. Enz, 19. Juli. (Der neue Bürgermeister.) Gestern nachmittag um 4 Uhr wurde der am 28. Juni gewählte Bürgermeister, der bisherige Bürgermeisteramtsverweser Otto Hahn, von Landrat Lempp-Neuenbürg in der üblichen Weise in sein Amt eingesetzt. Dabei nahm Bürgermeister Hahn auch Gelegenheit, die Verdienste, die sich sein Vorgänger, Schultheiß Feldweg, während seiner 35jährigen Amtstätigkeit um die Gemeinde Höfen erworben hat, mit geziemenden Worten zu würdigen.

Herrenberg, 21. Juli. (Einweihung des Schwimmbades.) Am Sonntag fand hier die Einweihung des neu erbauten Freibades statt. Trotz des Regens war die Beteiligung eine stattliche. Die Freude über den neuen Besitz kam in den Ansprachen allgemein zum Ausdruck.

Oberndorf a. N., 21. Juli. Vor einigen Tagen wurde in der von der hiesigen kath. Jugend im Alpen erbauten Waldklausen eingebrochen. Die Täter ertraben einen Laden und zertrümmerten ein Fenster, durch welches sie einstiegen und die Klausen durchwühlten.

Stuttgart, 21. Juli. (Hotelgewerbe und Jugendherbergen.) Im Konkurrenzkampf der Jugendherbergen mit dem Hotelgewerbe schlägt ein Stuttgarter Fachblatt vor, daß auch die gut geführten Hotels und Gasthäuser den Gedanken der Ueberlassung billiger Unterkunstmöglichkeiten für die wandernde Jugend ins Auge fassen. In Kürze werden die Stuttgarter und schwäbischen Gastwirte auch zu dieser durch die Rot der Zeit hervorgerufenen Forderung Stellung nehmen.

Stuttgart, 21. Juli. (Neue Hauswirtschaftsschule.) Die Landesgruppe des Raths Frauenbundes denkt in Schödingen O.A. Leonberg eine hauswirtschaftliche Schule zu eröffnen. Die Schule wird in dem den Frhr. von Gaisberg gehörigen Schloß untergebracht werden.

Ludwigsburg, 21. Juli. (Der Tod im Zug.) Der Ehrenvorsitzende des Kavallerievereins, Kaufmann Joh. Konrad, wurde auf der Fahrt nach Stuttgart von einem Herzschlag betroffen. Er mußte in Kornwestheim tot aus dem Zug herausgetragen werden.

Letzte Nachrichten

Schwere politische Schlägerei in Dortmund
2 Tote, 2 Verletzte

Dortmund, 22. Juli. Gestern abend kurz vor 23 Uhr kam es am Nordausgang des Dortmunder Hauptbahnhofes zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und politisch Andersgesinnten. Als ein Polizeibeamter in Zivil den Streit schlichten wollte, fielen die Streitenden gemeinsam über den Beamten her und schlugen ihn zu Boden. Der Beamte zog darauf seinen Revolver und gab sechs Schüsse auf seine Angreifer ab. Zwei von ihnen wurden zu Boden gestreckt. Einer war sofort tot, der zweite starb auf der Polizeiwache, ein dritter wurde am Arm verletzt. Der Polizeibeamte, der sich in den Bahnhof flüchtete, wurde von den übrigen Angreifern verfolgt, neuerdings zu Boden geschlagen und durch mehrere Meißerhiebe in den Rücken schwer verletzt. Als die Bahnpolizei dem Beamten zur Hilfe kam, flohen die Angreifer. Bei dem einen Toten wurde ein Mitgliedsbuch der KPD gefunden.

Polnischer Grenzwehrosoldat von Deutschen erschossen.
Meeritz, 21. Juli. An der deutsch-polnischen Grenze bei Schwenten im Kreise Bismarck wurde gestern auf polnischem Hoheitsgebiet der polnische Grenzwehrosoldat Nowakowski von dem deutschen Elektrotechniker Erwin Reichert aus Wittstock a. D. erschossen. Der 23jährige Reichert hatte vor 14 Tagen zusammen mit drei jungen Burtschen eine Wanderfahrt nach dem Osten angetreten. Auf der Suche nach einer Schlafstelle kamen sie gestern über die Grenze. Sie hatten auf polnischem Gebiet eine Holzbaracke gesehen, in der sie nächtigen wollten. Sie wurden durch den polnischen Grenzwehrosoldaten Nowakowski gestellt. Der Beamte forderte sie auf, mit zum nächsten Zollhaus zu kommen. In diesem Augenblick zog Reichert einen Revolver und streckte den polnischen Beamten durch vier Schüsse nieder.

Mitmaßliches Wetter für Donnerstag
Tiefdruck im Norden wirkt immer noch auf die Wetterlage ein. Für Donnerstag ist zwar immer noch unbeständiges, aber zu einem Nachlassen der Niederschläge geneigtes Wetter zu erwarten.
Verlag und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Ludwig Paul.

Altensteig-Stadt
Es wird darauf hingewiesen, daß das
Schadenlaufenlassen von Hausgeflügel
verboten ist.
Bürgermeisteramt:
J. B. Zimmermann
Altensteig-Stadt
Freiwillige Feuerwehr.
Am Sonntag früh 7 Uhr rückt die
gesamte Feuerwehr zur
ersten Haupt-Übung
aus. Unentschuldigtes Ausbleiben oder ungenügende
Erfolgung wird bestraft.
Den 22. Juli 1931. Das Kommando.

Bergebung von Bauarbeiten
An dem Rathaus der Gemeinde Enzthal kommen folgende Arbeiten im Akkord zur Vergebung:
1. Zementverputz der Stockmauer mit Spritzwurf und Quadrateinteilung.
2. Schwarzkalk-Verputz der Fachwerkwände und 3maliger Delfarbanstrich des Holzwerks u. Schindeltäferanstrich.
Der Akkord findet am nächsten Sonntag, den 25. Juli nachm. 3 Uhr auf dem Rathaus statt.
Bürgermeisteramt.

Baue und kaufe
Dein Heimathaus
mit einem unkündbaren Darlehen zu 3% Zinsen gegen Abschluß eines Sparvertrags.
Nachlaß ihrer Schulden im Todesfalle.
Größte Sicherheit der Spareinlagen
da Ueberwachung durch staatlich bestellten Treuhänder und hohen Hypothekenbestand.
„Kresegga“
Kredit-Selbsthilfe, e. Genossensch. m. b. H.
Konstanz am Bodensee 30.
Vertrauenswürdige Mitarbeiter überall gesucht.
Drucksachen kostenlos.

Mein Saison-Ausverkauf

vom Donnerstag, den 23. Juli bis Mittwoch, den 5. August

bringt in fast allen Artikeln

große Preisermässigung

alle Damen-Mäntel, -Kleider, Kinder-Kleider, -Unterröcke und Sommerstoffe, sowie viele Rester in allen Stoffarten

sind im Preise außerordentlich ermässigt



Reinhold Hayer, Altensteig

Saalbau z. Löwen Nagold
Freitag, 24. Juli
abends 8 1/2 Uhr

Gastspiel des berühmten Original-

Groß-Russischen National-Orchesters

Balalalka-Orchester Männerchöre-Tanz

Karten im Vorverkauf durch die W. Rieker'sche Buchhandlg. in Altensteig. Preise der Plätze im Vorverkauf 1.20, 1.-, an der Abendkasse 1.50, 1.20

Pfalzgrafenweller.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Kappler

Schuhmachermeister

uns heute früh im Alter von 60 Jahren durch einen jähen Tod entrissen wurde.

In tiefer Trauer:

Die Gattin Marie Kappler
der Sohn Wilhelm Kappler mit Gattin in Reutlingen
die Tochter Maria Gwinnler mit Gatten
der Sohn Max Kappler

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Berneck, 22. Juli 1931

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Onkels und Großvaters

Jacob Brenner

Straßenwart a. D., Veteran 1870/71

lagen wir herzlichen Dank. Insbesondere danken wir Herrn Stadtpfarrer Fischer für die erhebenden Worte am Grabe, dem Gefangverein Berneck, den Körperschaftsbeamten und dem Kriegerverein, für die vielen Kranz- und Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

LUGER Abfchlag!

Neue Lauffener
Kartoffeln 20,-
3 Pfund

Schöne, reife
Tomaten 22,-
Pfund bei Glitter br. f. n.
Pfd. 19,-

Schöne, gelbe
Bananen 48,-
Pfund

Pflirsche
Apfel

Mein

Saison-Ausverkauf

beginnt heute Mittwoch, den 22. Juli und dauert 14 Tage.

Der Rabatt von

10 bis 40%

gilt für sämtliche

Sport- und Straßen-Anzüge

Knabenwaschanzügen

-Blusen und Trachtenjuppen

leichten Sommermäntel

in Gabardin, Covercoat, Gummi, Trenchkot und Loden

Lüster-Sommerjuppen und Anzüge

Herrenstoffe

Hüte, Mützen usw.

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

Christian Theurer, Nagold

Ecke Bahnhof- und Leonhardstraße.

Altensteig

Blikableiter aus Kupfer

fertigt in bestens bewährter Ausführung billigst

Franz Müller,
Maschinenmeister beim Postamt
Telefon 110.

Kostenvoranschläge unentgeltlich.



Die luftleere Dose 1.71
nur noch Mk.
**Chr. Burghard Jr.
Altensteig.**

Außergewöhnlich billige Emaillewaren

sind neu eingetroffen.

Eimer 28 cm	2.-, 1.60, -.95	3
Melkeimer 28 cm		2.25
Ringhüfen	20, 22, 24, 26 cm	
	1.95 2.35 2.65 2.95	
Teigschüsseln		1.85
Tiefe Schüsseln	18, 22, 26, 30 cm	
	weiß 65 75 95 1.25	
Flache Schüsseln	20, 24, 28, 32 cm	
	weiß 45 65 75 95	
Kaffeetannen, weiß	1 1/2 2 Liter	
	1.55 1.75	
Schöpfbecher 12 cm mit Ausguß		85
Salzfässer, weiß		1.35
Teller 20 cm, weiß		35
Schöpföffel, weiß		45
Nachtöpfe, weiß, 20 cm		95

Karl Henzler sen., Eisenhandlung

Altensteig, beim neuen Postamt.

Fast ganz neuen
Gehrock

und getragenen schwarzen
Anzug verkauft
Kübler, Schneidermeister,
Martinsmoos.

Sumweiler.

Ein 8 Monate altes



verkauft, unter zwei die Wahl
Gottlieb Theurer Jr.

